



Stadt Kamen

Niederschrift

FSG

über die
1. Sitzung des Familien-, Sozial- und Generationenausschusses
am Dienstag, dem 04.10.2016
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Petra Hartig
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Frau Lana Schnack
Frau Ulrike Skodd
Herr Bernhard van Oosten

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Herr Ralf Langner
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Bettina Werning

FW/FDP

Herr Ulrich Müller

Verwaltung

Herr Andreas Eichler
Frau Elke Kappen
Herr Willi Präkelt

Gäste

Herr Zakel, Kreis Unna

Entschuldigt fehlten

Herr Klaus Gödecker
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus Kasperidus
Herr Ulrich Marc
Herr Hermann Puls
Herr Peter Resler

Herr **Kemna** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen sei. Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|--|---------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Altenpflegeplan Kreis Unna hier: Antrag der CDU-Fraktion "Altengerechte Quartiersentwicklung" Referent: Herr Zakel, Kreis Unna | |
| 3 | Aktuelle Situation der Flüchtlinge in Kamen | |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 2 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Altenpflegeplan Kreis Unna
hier: Antrag der CDU-Fraktion "Altengerechte Quartiersentwicklung"
Referent: Herr Zakel, Kreis Unna

Herr **Kemna** wies darauf hin, dass dieser Antrag bereits einmal auf der Tagesordnung für die Sitzung im April 2015 gestanden habe. Damals sei er von dieser abgesetzt worden. Er freue sich daher, dass der Antrag nun behandelt werde und erteilte dem Referenten, Herr Zakel, das Wort.

Herr **Zakel** referierte anhand einer PowerPoint-Präsentation (*als Anlage der Niederschrift beigefügt*).

Er teilte mit, dass der Plan auch im Internet zur Verfügung stünde und auch als Arbeitshandbuch zu verstehen sei. Im Kreistag des Kreises Unna wurde er nach ausgiebiger politischer Diskussion einstimmig verabschiedet, was nicht so häufig vorkomme. Die Stellungnahmen der Parteien hierzu ständen in den einzelnen Kapiteln. Die jährliche Aufstellung bringe einen großen Arbeitsaufwand mit sich. Daher haben nur 18 von 53 Kreisen und kreisfreien Städten diesen Weg beschritten. Nach seiner Einschätzung sei jedoch die Verhinderung von überflüssigen Pflegeeinrichtungen nur so möglich. Die notwendige sozialräumliche Gliederung werde in erheblichem Umfang durch die vom Landesbetrieb IT.NRW erstellte Pflegestatistik gefördert.

Herr Zakel wies darauf hin, dass für den Kreis Unna die Maxime ambulant vor stationär gelte, sofern dies möglich sei.

Ziel der Bedarfsraumplanung sei es u.a., die Überversorgung mit Pflegeheimplätzen in einigen Kommunen abzubauen.

Im Anschluss erläuterte Herr Zakel einige tabellarische Übersichten. Im Besonderen erwähnte er die stetig fortschreitende Wanderung der Ausbuchtung im Altersbaum nach oben.

Anhand der Alterskohorten belegte er, dass in der Zeit von 2014 – 2019 die Zahl der über 65jährigen um 3.800, die der über 80jährigen um 3414 Personen steigen werde.

In Bezug auf die Zuordnung der pflegebedürftigen Personen zu einer Pflegestufe teilte er mit, dass sich hier die Anzahl der Fälle durch die Einführung der neuen Pflegegrade erhöhen werde. Der größte Anteil der pflegebedürftigen sei der Stufe I zugeordnet; dies rühre daher, dass ein höherer Pflegegrad schwer zu erreichen sei. Interessant sei, dass bei Einführung der Pflegeversicherung in 75% der Fälle Geldleistungen gewährt wurde. Zur Vermeidung des weiteren Anstiegs der Zahl der pflegebedürftigen Personen sei es wichtig, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen würden, ohne Pflege auszukommen bzw. erst mit höherem Alter Pflegeleistungen in Anspruch nehmen zu müssen.

Zur Belegung der Pflegeheime stellte Herr Zakel fest, dass das Durchschnittsalter der Heimbewohner kreisweit über 80 Jahre liege; den niedrigsten Altersschnitt weise hier Lünen auf. Die Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege münde in 34 % der Fälle zu einer dauerhaften Unterbringung im Pflegeheim.

Anhand des vorliegenden Zahlenmaterials sei vorhersehbar, dass die Anzahl der vorhandenen und im Bau befindlichen Pflegeplätze im Jahre 2016 auskömmlich sei.

Bei der Sicherung der Auskömmlichkeit der vorgehaltenen Pflegeplätze seien auch Substitutionseffekte (Wohngemeinschaften, Beratungsangebote) hilfreich.

Der durchschnittliche Aufenthalt im Pflegeheim im Kreisgebiet bewege sich oberhalb des Bundesdurchschnittes. Den Bewohnern der Pflegeheime wird mit Abstand am häufigsten die Pflegestufe 2 zuerkannt. In Bezug auf die Herkunft der Pflegeheimbewohner lässt sich feststellen, dass mehr Personen von außerhalb zuziehen als Kreisbewohner in „auswärtige“ Pflege-

heime gehen.

Speziell für Kamen lässt sich festhalten, dass nur 46 % der Heimbewohner auch vor Einzug Kamener Bürger waren.

Auf die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzzeitpflege in Heimen habe der Kreistag mit dem Beschluss reagiert, die solitäre Kurzzeitpflege zu fördern, um langfristige Buchungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Ein weiterer Bereich, der derzeit stark beplant würde, sei der der vielfältigen gerontopsychiatrischen Krankheiten mit hohen Zuwachszahlen. Der Anteil der Demenzkranken betrage hier nur 8,6%.

Herr Zakel merkte an, dass in vielen Fällen die Krankheitsbilder bekämpft werden könnten und eine Entlassung aus dem Heim durchaus wieder möglich sei.

Anschließend wandte Herr Zakel sich dem 2015 ins Leben gerufenen NRW-Förderplan Alter + Pflege, mit dem die altersgerechte Quartiersentwicklung gefördert werden soll, zu.

Je Kreis wird eine Vollzeitstelle bezuschusst. Nach einem Bewerbungsverfahren erhielt die Stadt Lünen, durch einen Beschluss des Kreistages, den Zuschlag.

Abschließend stellte er fest, dass die Arbeit sich gelohnt habe, da das Interesse an seinem „Handbuch“ sehr hoch sei.

Herr **Kemna** äußerte seine Anerkennung über den vorgestellten Plan und die investierte Arbeit. Er fragte sich, wie das alles weiter finanzierbar bleiben soll.

Herr **Zakel** meinte, dass die qualitativen Anforderungen immer weiter steigen würden; damit einhergehend stiegen auch die Kosten.

Frau **Hartig** fragte nach, wann die Neuordnung der Pflegestufen erfolge.

Herr **Zakel** erwiderte, dass dies zum 01.01.2017 passiere. Vorhersagen, was dabei herauskomme, könne gesichert niemand abgeben. Klar sei lediglich, dass niemand schlechter gestellt werden solle.

Frau **Dr. Kleinz** erhoffte sich, dass die Pflegestufen realitätsnäher definiert würden; insbesondere Demenzaspekte müssten reeller bewertet werden.

Zu TOP 3.

Aktuelle Situation der Flüchtlinge in Kamen

Frau **Kappen** referierte anhand einer PowerPoint-Präsentation (*als Anlage der Niederschrift beigefügt*), in der Angaben zu Nationalität, Alter, Geschlecht, Familienstand und Unterbringungssituation ersichtlich sind. Einleitend wies Frau Kappen darauf hin, dass zum Sitzungszeitpunkt die Anzahl der Asylbewerber in Höhe von 619 Personen gerade einmal 1,4 % der Kamener Bevölkerung ausmachen würde.

Die Zuweisung von Asylbewerbern erfolge nach Quoten. Da Kamen zuletzt nur eine Erfüllungsquote von 83 % der vorgeschriebenen 100 % vorweisen konnte, mussten weitere 180 Personen aufgenommen werden. Diese Zu-

weisungen seien in Absprache mit der Bezirksregierung in der Zeit von Ende August bis Ende September erfolgt. Die Absprachen mit der Bezirksregierung hätten gut funktioniert. Man habe bevorzugt um die Zuweisung von Familienverbänden gebeten; dieser Bitte sei auch Rechnung getragen worden.

Unter den derzeit hier lebenden Asylbewerbern befände sich ein Drittel alleinstehende junge Männer. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass die Flucht schon für junge Menschen schwierig sei, vielmehr noch für ältere Menschen.

Herr **Weber** erkundigte sich, wie viele minderjährige unbegleitete Ausländer der Stadt Kamen zugewiesen worden seien.

Frau **Kappen** teilte mit, dass zum Zeitpunkt der Sitzung 22 Personen hier leben würden.

Zur Frage der Unterbringung der Flüchtlinge teilte sie mit, dass der Bürgermeister die hier am Markt tätigen Wohnungsbaugesellschaften angeschrieben habe mit der Bitte, Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen, damit vermehrt Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden könnten.

Die Stadt Kamen miete derzeit die Wohnungen selbst an, damit auch nach einem Rechtskreiswechsel die Versorgung mit Wohnraum sichergestellt sei. Bisher seien die Reaktionen der Vermieter auf Ihre neuen Mieter fast ausschließlich positiv.

Frau **Hartig** erkundigte sich, wie das an der Gutenbergstraße erworbene Gebäude genutzt werden solle.

Herr **Eichler** antwortete, dass eine Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft geplant sei.

Frau **Kappen** äußerte weiterhin, dass die Gemeinschaftsunterkünfte am Mausegatt von der Belegungsdichte her entlastet werden könnten. An der Dortmunder Allee habe man durch die Einrichtung von Küchen die Möglichkeit geschaffen, dass die Bewohner sich selbst versorgen können.

Frau **Dr. Klein** erkundigte sich nach der weiteren Nutzung der Gebäude am Bollwerk.

Frau **Kappen** teilte mit, dass die Nutzung wieder durch Familien erfolgen solle. Die Nutzung der Unterkunft an der Dortmunder Allee erfolge überwiegend durch Einzelpersonen in kleineren Wohneinheiten. Die Gemeinschaftsunterkunft Am Schwimmbad bestehe zum Großteil aus Zimmern mit anhängendem Bad und werde überwiegend von Familien genutzt.

Die Unterkunft an der Weddinghofer Straße sei auch in Eigeninitiative der Bewohner renoviert worden, wie aus der PowerPoint-Präsentation ersichtlich sei.

Frau **Werning** erkundigte sich nach dem vom Bund aufgelegten Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen-Programm (FIM).

Herr **Eichler** erwiderte, dass die Stadt Kamen sich an diesem Programm beteiligen werde. Die Anzahl der der Stadt Kamen zuzuweisenden Plätze

ermittle sich nach dem Königssteiner Schlüssel, der auf die Kommunen heruntergebrochen werde.

Herr **Kemna** dankte für den Vortrag.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es gab keine Mitteilungen und Anfragen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kemna
Vorsitzender

gez. Kappen
Schriftführerin